

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1919**

194 (22.8.1919)

# Volkstfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Abloren oder am Posthalter monatlich 1.60 M., vierteljährlich 4.80 M., angefordert durch unsere Träger monatlich 1.70 M., vierteljährlich 5.10 M.; durch die Post 1.74 M. bezw. 5.22 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Werttag mittags; Geschäftszeit: 1/28-3/31 und 2-1/26 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 123, Redaktion Nr. 431

Anzeigen: Die Typsetz. Kolonialzeitg. od. deren Raum 25 A., zuzügl. 30% Teuerungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/28 vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Sed & Cie., Karlsruhe.

### Der erste Landtag der Republik Baden.

Von Dr. E. Kraus, M. d. L.

III.

Nachdem wir die wichtigsten gesetzgeberischen Arbeiten des Landtags kennen gelernt haben, wollen wir uns jetzt kurz mit den wichtigsten Interpellationen beschäftigen. Immer wieder sind die großen und kleinen wirtschaftlichen Nöten und Sorgen des Volkes Gegenstand eingehender Erwägungen und Besprechungen gewesen. Es sei hier nur das Wichtigste herausgehoben, vor allem soweit unsere Fraktion daran maßgebenden Anteil hatte.

Am 7. März wurde die von uns gestellte Interpellation über die Wohnungsfrage behandelt. In eingehenden die Wurzel des Übels rücksichtslos bloßlegenden Ausführungen hat unser Sprecher die gegenwärtige Wohnungsnot und ihre sozialen, moralischen und politischen Folgen behandelt. Zur Abhilfe stellte er besonders zwei Forderungen: einmal soll den Städten und Gemeinden das Recht weitestgehende Unterstützung zu und insoweit hat auch das Volk seine Vermittlung von Wohnungen ohne Zustimmung des Wohnungsamts Rechtsgültigkeit haben. Die Regierung sagte weitestgehende Unterstützung zu und insoweit hat auch das Arbeitsministerium diese bezügliche sehr scharfe Verordnungen erlassen. Wenn die Gemeindeverwaltungen, Wohnungämter, Mietverwaltungen und kommunalen Arbeiter diese Verordnungen gründlich studieren und energisch ausüben, so kann ein großer Teil der bestehenden Not behoben werden. Ganz wird die Not erst dann zu lindern sein, wenn wieder im großen Maße gebaut wird, was in erster Linie von der Beschaffung der Baumaterialienreihe abhängt. Voraussetzung dieser Verbilligung ist die Sozialisierung des Rohmaterialberaubtes, der Zementindustrie und des handwerklichen Wärdes. Zugleich wird nur eine öffentlich-rechtliche Körperschaft auf genossenschaftlicher Grundlage die ganze Wohnungsfrage zu einer glücklichen Lösung bringen können. Das wird in dem Heimstättengesetz erreicht, welches demnächst dem Landtag vorgelegt werden soll.

Wiederholt befaßte sich der Landtag mit landwirtschaftlichen Fragen mit der Steigerung des Bodenertrags und vor allem mit der gegenwärtig so schwierigen Ernährungfrage. Es ist ein parlamentarischer Ernährungsbeirat gebildet worden, der sich mit den Fragen der Lebensmittelversorgung, der Fleischversorgung usw. zu befassen hat. Von der Regierung wurde zu gleicher Zeit eine Reform der kommunalen Verwaltung in Aussicht gestellt. In den letzten Tagen ist eine diesbezügliche Verordnung erlassen worden, nach welcher der unteren Volksschichten, insbesondere den Verbraucherkreisen, Gelegenheit gegeben wird, sich mehr wie bisher an den Arbeiten des Kommunalverbandes zu beteiligen. Immer wieder ist es im Landtag ausgesprochen worden: die ganze Bevölkerung unseres Lebensmittelerzeugungssektors geht zurück auf grundlegende Fehler des alten Systems. Aber hier nützt alle Kritik nicht, nur eine Vergenossenschaftlichung der Lebensmittelverwertung umgekehrt in der Weise, wie es Otto Bauer in seinem vielgelesenen Buchlein „Der Weg zum Sozialismus“ vorgeschlagen hat, kann aus dem gegenwärtigen Elend herausführen und den Scheidungsprozess mit seiner tiefsten Lebensmittelliberalisierung an der Wurzel fassen. Durch Bildung von Vorkommensgenossenschaften auch auf dem Gebiete der Ernährung muß dem Bauer mehr wie bisher seine soziale Pflicht zum Bewußtsein gebracht werden.

Soll unzulässige Interpellationen über das Verkehrsweien, über Wünsche von Bahn- und Autolinien wurden im Landtag verhandelt und von der Regierung soweit als irgend möglich berücksichtigt. Einige Bahnlösungen wurden bereits mit Rücksicht auf die Erwerbslosigkeit als Notstandsarbeiten in Angriff genommen. In besonderen Interpellationen wurden die Anliegen der durch Fliegerangriffe Beschädigten, ferner die der badischen Textilindustrie, des Baugewerbes, der Kriegshilfsarbeiten, der staatlichen Geil- und Pflanzgärten usw. behandelt und von der Regierung entsprechende Schritte verlangt. Immer wieder standen Arbeiterfragen aller Art im Vordergrund der Diskussion, u. a. war mehrmals die Frage des Koalitionsrechts Gegenstand heftiger Debatten. Die Regierung hat sich dabei mit Unterlassung aller, insbesondere unserer Partei, auf den Standpunkt gestellt, daß unbeschränkte Koalitionsfreiheit allen Arbeitern, Angestellten und Beamten zu gewähren ist und daß niemand sie daran hindern darf, dieses Recht auszuüben und daß jede Terrorisierung einer Organisation durch die andere unzulässig zu verwerfen ist. In maßvollster Weise wurden die Anliegen der Eisenbahnarbeiter behandelt. Man hatte volles Verständnis für ihre soziale Lage, vor allem für die während der Kriegszeit geleistete Arbeit und der Landtag bewilligte wiederholt die Lohnforderungen der Eisenbahnarbeiter, trotzdem sie für den Staat Millionenausgaben bedeuteten, weil man sich ihrer Notwendigkeit nicht verschließen konnte. Es kam unter Mitwirkung des Landtags ein Tarifvertrag zu Stande, der jedem Eisenbahnarbeiter ein ausreichendes Existenzminimum gewährleistet. Auch die Lage der Land- und Kreisstrafhelfer, der Wächler, der weiblichen An-

gestellten war Gegenstand eingehender Besprechung. Und es darf zum Lobe des badischen Landtags festgestellt werden, daß fast alle seine Mitglieder mit nur geringen Ausnahmen sich auf den Boden der neuen Zeit stellten und erkannten, daß in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung der heutige Staat gerade jetzt in der Uebergangswirtschaft ganz andere Aufgaben zu erfüllen habe, als der frühere. Wenn auch nicht immer alles nach unserem Wunsche ging, es ist fruchtbarer Arbeit geleistet worden. Voraussetzung ist natürlich, daß auch draußen im Volke, in den Schichten des bestehenden Bürgertums sowohl als auch in den Schichten der arbeitenden Massen das nötige Verständnis für die gegenwärtige wirtschaftliche und finanzielle Notlage des Staates und die uns gerade heute so nötige politische Vernunft zum Siege gelangt.

Sogenannte „große Tage“ hatte der badische Landtag bei der Behandlung der von uns gestellten Sozialisierungsinterpellation und die Interpellation über die Sozialreform. Mit ihrer kurzen Besprechung soll dieser Aufsatz seinen Abschluß finden.

Zunächst die Sozialisierungsinterpellation. Es ist ganz klar, daß die grundlegende Sozialisierungsinterpellation Aufgabe des Reiches ist. Aber einmal wird in der praktischen Durchführung der Sozialisierung dem Einzelstaat eine große Aufgabe bevorstehen und dann gibt es viele Gebiete der Wirtschaft, deren Verstaatlichung vom Staat oder von Gemeinden ohne weiteres jeder Zeit in die Wege geleitet werden kann. Der Zweck unserer diesbezüglichen Interpellation war vor allem eine öffentliche Erklärung unserer Regierung herbeizuführen und dann überhaupt einmal eine allgemeine klärende Aussprache über dieses wichtige Gegenwartsproblem herbeizuführen. Das Arbeitsministerium erklärte, daß es im Rahmen der Reichsregierung mit aller Kraft an der Durchführung der Sozialisierungsinterpellation werde. Zugleich wurde es ersucht, welche Vorbereitungen zur Sozialisierung in Baden bereits getroffen sind. Bereits seien verschiedene vorbereitende Kommissionen für besondere Wirtschaftszweige an der Arbeit. In der allgemeinen Aussprache gingen die Redner der bürgerlichen Parteien nur ganz kurz auf die konkreten Schwierigkeiten und praktischen Möglichkeiten ein, die unsere beiden Genossen Kraus und Königberger in ihren Ausführungen hervorgehoben hatten. Bineit wurde ein geschicklich, vor allem aber marxistisch völlig unzulässiger Sozialisierungsbegriff bekämpft, man hätte bei manchen der bürgerlichen Redner wünschen mögen, die Herren möchten ihre Weisheit etwas mehr an den Quellen der sozialistischen Theorie schöpfen. Am allgemeinen vor zu unserer Freude festzustellen, daß eine vomintliche Sozialisierung auch in den bürgerlichen Parteien manchen tüchtigen Mitarbeiter finden wird. Vor allem die Vertreter der christlichen Arbeiterpartei im Zentrum, aber auch bürgerliche Demokraten werden für positive Sozialisierung von Industrieunternehmen und andere dafür geeignete Wirtschaftszweige zu haben sein. In einem für uns Sozialdemokraten und das ganze Proletariat sehr wertvollen Punkte waren sich alle einig, daß unbedingt und überall eine demokratische Wirtschaftsverfassung durchzuführen und so gleichzeitig die Diktatur des kapitalistischen Unternehmertums abzuschaffen ist.

Alle Parteien gaben der Erkenntnis Ausdruck, daß nur dann an einen soliden wirtschaftlichen Wiederaufbau zu denken ist, wenn auch der Berufstätigkeit des Arbeiters im Betriebe durch Heranziehung zu selbstverantwortlicher Mitbestimmung und Mitarbeit Rechnung getragen wird. Zur Sozialisierungsfrage sei noch bemerkt, daß ein Antrag auf Verstaatlichung der Filmindustrie und Bergemeinlichkeiten der Kinos die allgemeine Zustimmung des Landtags gefunden hat.

Die Sozialisierungsinterpellation hatten wir gestellt, um in der so wichtigen Frage der Reform unserer Universitätsverfassung dem Landtag ein entscheidendes Mitspracherecht zu sichern. Das Unterrichtsministerium vertrat uns dann auch, dem kommenden Landtag eine Neupflichtung der Universitätsverfassungen vorlegen zu wollen. In sachlicher Offenheit deckte unser Sprecher, Genosse Königberger alle die Schäden auf, an denen die Hochschulen hierher krankten vor allem die bedauerliche Tatsache, daß unsere Universitäten und besonders die akademische Laufbahn ökonomisch zum kapitalistischen und in politischer Beziehung zum konterrevolutionären, nationalliberalen Monopol geworden ist. Erneuert forderten wir scharf und durchgreifende Reform. Scharfe Vorwürfe sind den Abgeordneten anlässlich ihrer Kritik aus den Kreisen der Universitätsprofessoren gemacht worden. Man hat behauptet, lieblos hätten wir dem Volke die Freunde an der Universität verdorben. Welche Naivität! Die Universität war leider seit Jahrzehnten längst dem Volke entfremdet und aus Liebe zur Universität als der Hochschule des Volkes haben wir Kritik geübt und Reform gefordert. Und wenn wir die möglichste paritätische Besetzung der Lehrstühle gefordert haben, so weit Bestandungsverhältnisse in Betracht kommen, so haben wir das nicht getan, um die Hochschule zu politisieren im bösen Sinne des Wortes — das hatten wir nicht nötig, denn politisiert waren sie schon längst wie sich vor allem während des Krieges und auch jetzt wieder in der Revolution gezeigt hat. Sondern wir haben es getan, um gegenüber der bisher einseitigen Bevorzugung bestimmter politischer und weltanschaulicher Standpunkte allen Weltanschauungen und damit auch dem sozial-

istischen Wissenschaftler und dem auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung stehenden Historiker den Zugang zur Hochschule zu ermöglichen. Auch lag uns durchaus fern, an dem wohlverdienten Selbstverwaltungsrecht der Hochschulen zu rütteln. Ihre Verwaltung soll aber eine Selbstverwaltung aller ihrer Glieder sein und zugleich eine Institution über die in letzter Instanz auch die Gesellschaft als Ganzes und damit auch der Landtag ein entscheidendes Wort mitzusprechen hat. Erwähnt soll nur werden, daß unsere Fraktion auch nachdrücklich für die Ausgestaltung der Hochschule eingetreten ist.

### Zur Lage in Oberschlesien.

Wird der „Frankf. An.“ berichtet: Nach den zur Stunde vorliegenden Nachrichten bleibt die Lage der Dinge in Oberschlesien nach wie vor ernst und von einer Unterdrückung des Aufstandes kann keine Rede sein. Die Truppen haben, obwohl sie sich glänzend schlugen, einen schweren Stand und Verstärkungen sind nötig und unterwegs. Schätzt man doch die Zahl der Aufständischen auf etwa 35 000 Mann und wie die Dinge sich entwickelt haben, daß jenseits der Grenze eine polnische Truppenmacht steht von etwa 40 000 Mann und die Aussicht eines Tages sich für berechtigt hält, ihrerseits anzugreifen. Es liegt auf der Hand, daß es sich hier um eine von langer Hand vorbereitete Aufstandsbewegung handelt, die von Polen in Oberschlesien ausgeht, aber von jenseits der Grenze genährt wird. Wenn namentlich aus Kreisen der Sozialisten die Auffassung verbreitet wird, daß die Bewegung sozialistischen Charakter habe und eine mehr innerdeutsche, auf den Feind der gegenwärtigen Regierung bedingte Aktion sei, so ist das insofern richtig, als die nationalpolitisch gestimmten Elemente bekanntlich keine Gelegenheit vorbegehen lassen, ihre politischen Ziele zu verwirklichen und daß sie also dieses offenbar nationalpolnische Feuer benutzen möchten, davon ihre Stunde zu fassen. An dem polnischen Charakter der Bewegung kann man umso weniger zweifeln, als er von sehr angesehenen Führern der Polen ganz offen ausgegeben worden ist.

Man kann an dem nationalpolnischen Charakter der Bewegung um so weniger zweifeln, wenn man sich erinnert, daß auch die Bewegung, die zu Beginn des Jahres zum vorzeitigen Verlust der Provinz Posen an die Polen geführt hat, genau so organisiert worden ist, wie die jetzige Aufstandsbewegung in Oberschlesien und daß jetzt dieselben Forderungen von polnischer Seite gestellt werden, wie sie damals in Posen erhoben worden sind. Die Polen betrachten Oberschlesien jetzt schon als ihnen verfallen und sie sind der Meinung, daß nicht Berlin, sondern Warschau oder Polen in Oberschlesien zu bestehen und zu regieren habe. Man will vollendete Tatsachen schaffen wie in Posen, weil man dem Ergebnis der Volksabstimmung nicht traut, und wenn die Dinge nicht nach Wunsch gehen, so hofft man offenbar der Entente einen Vorwand zu geben, sich einzumischen und das Land zu besetzen.

Berlin, 21. Aug. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Heute vormittag fand im Auswärtigen Amt eine erneute Besprechung zwischen den Vertretern der deutschen Regierung unter dem Vorsitz des Herrn Reichsministers Müller und den kinnstehenden Mitgliedern der polnischen Delegation in Gegenwart von Vertretern der amerikanischen, englischen, französischen, italienischen und japanischen Militärmissionen statt. Als Ergebnis der Beratung kann folgendes festgestellt werden: Eine Kommission der hiesigen fremden Militärmissionen wird sich sofort nach Oberschlesien begeben, um an Ort und Stelle über die von polnischer Seite vorgebrachten und von der deutschen Regierung bestrittenen Beschwerden der polnisch sprechenden Bevölkerung im Aufstandsbereich Feststellungen zu machen. Sie wird nach dem Ergebnis der Untersuchung Maßnahmen vorschlagen. Ferner soll eine deutsch-polnische Kommission gebildet werden zwecks Verolung über die Maßnahmen zur Verhinderung von Grenzverletzungen.

### Die Friedensverhandlungen.

Paris, 21. Aug. Der „Matin“ veröffentlicht die Abänderungen bezüglich des österreichischen Vertrags. Die Unterzeichnung ist auf den 30. August vorzusehen.

Amsterdam, 21. Aug. Laut Pressebureau Radio meldet „Newspost Sun“ aus Paris, daß die Mitglieder der amerikanischen Mission der Ansicht sind, daß im Laufe September die Friedensverhandlungen mit Bulgarien, Ungarn und Desterreich beendet sein werden und daß sich die Konferenz dann nur noch mit der türkischen Frage, die viel Schwierigkeiten bereitet, zu befassen haben wird. Es besteht wenig Hoffnung darauf, daß die Vereinigten Staaten das Mandat für Konstantinopel übernehmen.

### Das neue amerikanische Einwanderungsgesetz.

Washington, 20. Aug. Im Repräsentantenhaus ist ein Gesetzesentwurf eingebracht worden, demzufolge der Einwanderungsausschuß ermächtigt ist für zwei Jahre die gesamte Einwanderung zu unterbinden und alle Ausländer, in ihre erste Einbürgerungsakte widerrufen haben, um dem Militärdienst während des Krieges zu entgehen, zu deportieren.

### Zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes.

Nr. 62.

Berlin, den 18. Oktober 1918.

An Hrn. Kriegsminister.  
Ich habe mir die Frage, die wir gestern mündlich besprochen, noch durch den Kopf gehen lassen. Ich muß bei meiner Ansicht beharren. Die Armeeleiter müssen geholt werden. Auch auf die Befehle hin, daß Hindenburg und Ludendorff die Befragung der Armeeleiter zum Anlaß nehmen wollten, ihren Abschied einzureichen. Bestärkt wurde ich in dieser Ueberzeugung durch Andeutungen von absolut einwandfreier Seite, wonach die gestern von General Ludendorff ausgesprochenen Hoffnungen auch in seiner Umgebung nicht geteilt werden. Die Entscheidung ist zu gewaltig, kann zu verhängnisvoll sein, als daß sie auf 2 Männer gestellt werden könnte. Wir sind verpflichtet, alles, was in unserer Kraft steht, zu tun und nichts zu unterlassen, um das Nötigste zu treffen. Hindenburg und Ludendorff können ihren Abschied in der jetzigen Lage nicht erzwingen, und wenn sie es dennoch tun sollten, kann dem von Ihnen und einigen meiner Kollegen befürchteten Einbruch entgegen getreten und der wahre Grund ihres Rücktritts leicht klar gestellt werden. Die Befragung der Armeeleiter hätte natürlich nicht vor unserer jetzigen Note an Wilson, sondern nach ihrer Beantwortung durch Wilson zu erfolgen.  
Staatssekretär. gez. Solf.

Nr. 77.

Telegramm.

München, den 25. Oktober 1918.

Der Kaiser, Gesandte an Auswärtiges Amt. Für den Herrn Reichszugler. Geheim! Ich erfülle eine schwere Pflicht, wenn ich Eurer Großherzoglichen Hoheit melde, daß hier in Bayern von berufener Seite die gestern abend bekannt gemordene Antwort Wilsons so gedeutet wird, daß sie sich in ihrem letzten Abschnitt direkt gegen die Person unseres Kaisers richtet. Der Ministerpräsident und der Kriegsminister sind der Ansicht, der Wortlaut der Note lasse andere Deutung nicht zu; durch die verhängnisvolle Ausdrucksweise solle lediglich Gelegenheit gegeben werden, den schmerzlichen Schritt freiwillig zu tun. In jedem Falle treten die Genannten dafür ein, daß Seiner Majestät offen dargelegt werden müsse, daß die Feinde keinen annehmbaren Frieden bewilligen würden, wenn das große Opfer nicht gebracht würde. Wenn dann Seine Majestät Bescheid leistet auf die Kaiserwürde, so würde er nur im Geiste seines 25jährigen Friedenswerkes handeln und dieses krönen.  
Trentler.

Nr. 78.

Telegramm.

Bern, den 25. Oktober 1918.

Der Kaiser, Gesandte an Auswärtiges Amt.  
Geheim! Um Uebermittlung nachstehenden Telegramms bitte ich mich Fürst Hohenlohe-Langenburg.  
König War von Baden, persönlich! Berlin. Aus zuverlässiger Quelle erfahre ich eben, daß der Inhalt der heutigen Wilson-Note, als einziger Weg zu einem einigermaßen erträglichen Frieden, kaum anders als über die Abkündigung des Kaisers führe. Es scheint, daß Wilson anerkennt, die monarchische Staatsform entspreche der Geschichte und den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes, die Vorstellungen aber, die in Amerika selbst und in der ganzen Entente über die Person des Kaisers, die Rolle, die er im Kriege spielt und seinen Einfluß auf die Leitung der inneren und äußeren Politik herbeizuführen, vermag er nicht mehr zu bejahen. Nach der Meinung meines Gewährsmannes würde eine solche Tat des Kaisers es Wilson leichter machen, zugunsten seiner Friedenspläne auf den Senat einzuwirken, der in der letzten Zeit Einfluß im Sinne einer gänzlichen Niederwerfung Deutschlands gewinnt. Gleichzeitig würde durch sie die Friedensströmung auch in den übrigen Entente-Staaten gefördert werden. Dies würde die Erhaltung der Dynastie sichern, die gleich allen deutschen Dynastien gefährdet sein würde, wenn — wofür die Entente zweifellos sorgen würde — der Glaube erweckt werden könnte, daß der Frieden an der Person des Kaisers gescheitert sei.  
Meinem Gewährsmann zufolge ist übrigens die Schwäche unserer militärischen Lage den Amerikanern zu bekannt, um bei ihnen, selbst im Falle eines Aufstiegs zur nationalen Verteidigung über den endgültigen Sieg der Entente Zweifel aufkommen zu lassen. Unser Zusammenbruch sei nur eine Frage der Zeit. Sollte versucht werden, den Kampf hinauszuziehen, so würde das nur als ein neuer Beweis des Vorkriegens militärischer Einflüsse betrachtet werden und den Verdacht nähren, daß man sich auf unsere ganze innerpolitische Wandlung nicht verlassen könne. So schwer dies fällt, halte ich es bei den ungeheuren Tragweite der zu fassenden Entscheidungen für meine Pflicht, die persönlich diese Mitteilung zu machen. Ihr Urheber ist wegen seiner Persönlichkeit und seiner Beziehungen durchaus ernst zu nehmen.  
gez. Ernst Hohenlohe.

### Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig.

81 Nachdruck verboten.

Als die Stasia die Sternlein hatten nicht mehr allein geschaut, auch der Mond hatte angefangen zu scheinen und schien gerade in das liebe, runde Gesicht. Am Sumpfrand, beim Dornenstrauch, der jetzt ganz entblättert stand — nur ein paar verkrüppelte Sagebutten waren hängen geblieben — hatte sie ihn zum Abschied um den Hals gelacht: „Dobro Noz!“ das hieß: „Gute Nacht!“ Sie hatte es mit besonderer Betonung gesagt, ihn warm dabei gedrückt, und dann war sie schnell von ihm fortgerauscht, mitten aus Moor hinaus. In dessen Mitte hatte sie sich noch einmal umgedreht, ihm gewinkt, eine Kuhhand zugeworfen und war dann lachend verschwindend gewesen hinter dem Kiefernstrich des Waldes.  
Als Valentin seine Schlafkammer aufsuchte oben im Siebel, ließ ihm das Blut rauh durch die Adern. Der Mond schien ihm auf's Bett; es war eilig kalt in der Kammer, aber er lag, nur lässig zugehüllt, mit offenen Augen auf dem Rücken und trug nicht. Vergnügt war er eigentlich immer, konnte es gar nicht begreifen, daß die Eltern so manches zu klagen hatten, aber so gut wie heute war ihm noch gar nie zumute gewesen. Des Neuen hatte er hier schon viel zu sehen und zu hören gehört, aber das Allerneueste war doch, daß er — schon halb im Schlaf lachte er über's ganze Gesicht und wippte dann den Mund: „Dmi Buzki!“ — daß er einen polnischen Schatz hatte.  
11.

Frau von Gargynska konnte es noch immer nicht verwinden, daß sie ihre Joje verloren hatte. Das Studienmädchen war jetzt zu diesem Rosen erhoben worden, aber es hielt gar keinen Vergleich aus mit Stasia. Jeden Morgen küssen die Tränen der Dienerin, und die Herrin schalt und stampfte mit den Füßen, rief oft die ganze mühselige Friitur wieder auf und warf der Ungedulden die Saarnadeln an den Kopf. Frau Nadwiga bestand sich oft mit Seufzen: diese Stasia war eine geistliche Person gewesen, leichtsinnig, verderben, ganz gewiss, aber höchst brauchbar!

Nr. 79. Aufzeichnung.

Berlin, den 25. Oktober 1918.

An Staatssekretär. Herr von Versner telephoniert mir, daß die D. S. L. die heute nachmittag zusammen mit Herrn v. Gintze eintreffen werde, sehr „woll“ sei und auf einer Ablehnung des Wilsonschen Waffenstillstandes bestehen werde. Auf Grund seiner langjährigen Erfahrung im Großen Hauptquartier und seiner über die gegenwärtige militärische Lage gemachten Beobachtungen und eingezogenen Informationen könne er aber nur auf das Dringendste davor warnen, etwaigen Versprechungen der D. S. L. Glauben zu schenken und uns in der einmal eingeschlagenen Friedenspolitik auch nur im geringsten beirren zu lassen. Die militärische Lage sei heute mindestens ebenso hoffnungslos wie vor 3 Wochen, da eine Besserung nicht zu erwarten und es nur eine Frage von Wochen, höchstens wenigen Monaten sei, wenn der Feind bei uns im Lande stehe.  
Auf meine Frage, wie ein Wechsel in der D. S. L. auf die Front wirken würde, sagte Herr Versner: daß bei einem Teil der Armee dies vielleicht ungünstig, bei dem größeren Teil aber günstig wirken würde, da man das Vertrauen in die gegenwärtige D. S. L. verloren habe.  
(Fortsetzung folgt.)

### Schweizer Brief.

Basel, 19. Aug. Die gesamte Schweizer Presse beschäftigt sich jetzt in intensiver Weise mit den Beschlüssen des schweizerischen sozialdemokratischen Parteitagess über den Beitritt zur dritten Internationale und der Bekämpfung des Beitritts der Schweiz zum Völkerbund. Die Beurteilung ist sehr verschieden. Zum erstenmal erlebt man, daß die sozialdemokratische Presse über Beschlüsse des Parteitagess unentschieden ist. Die „Werner Tagblatt“, welche sonst immer den tabulierten Ton in der schweizerischen Arbeiterpresse führte, ist über den Beschluß des soz. Parteitagess auf die dritte Internationale sehr reserviert, sie stellt mit Nachdruck fest, daß von jeder Seite und von allen Sprechern die nötigen Vorbehalte und Reserven bezüglich der Kampfmittel und Methoden gemacht wurden, was schon darauf schließen läßt, daß man nicht mit fliegenden Fahnen in das Lager der dritten Internationale hinüber wollte. Die „Werner Tagblatt“ hofft, daß die Abstimmung ein ganz anderes Bild schaffen werde, wenn einmal die richtige Auffassung über die dritte Internationale erfolgt sei. Die „Volkstimme“ in St. Gallen, die „Neue Freie Zeitung“ in Olten, die „Sentinelle“ in La Chaux de Fonds, „Le Droid du peuple“ in Lausanne, die Winterthurer „Arbeiterzeitung“ lehnen in ihren Kommentaren zum Parteitag den Anschluß an die dritte Internationale glatt ab; als ein „Sieg der Unentwegten“ wird der Beschluß vom „Volkrecht“ Zürich und vom Basler „Vorwärts“ bezeichnet, während der „Freie Tagwacht“ sich jeden Kommentars enthält.

Sehr scharf kritisiert wird der Beschluß von der gesamten bürgerlichen Presse. Die Basler „Nationalzeitung“ nennt den Beschluß einen „Sieg der Verblödeten“; die „Basler Nachrichten“, der „Dund“, die „Neue Zürcher Zeitung“ rufen das Vorgehen zum Abwehrkampf gegen die soziale Revolution auf; sie bezeichnen den Beschluß an Sophokrat grenzend und fordern die Wehrerben auf, auf die Führer, die für diesen Beschluß propagieren, ein maßvolles Auge zu haben; Ausländer, die sich in der Agitation nach dieser Richtung betätigen, sollen unverzüglich an die Grenze gestellt werden. Allgemein ruft man nach der schon bei den Bundesbeschlüssen anhängigen Schutzhafentätigkeit für die Westmächte der dritten Internationale. Der Kampf in der Schweizer Presse um diesen Beschluß wird noch eine Zeitlang andauern und die Gegensätze zwischen der Arbeiterklasse, die sozialistisch orientiert ist, und dem Bürgertum werden noch um ein erhebliches verschärft werden. Man glaubt in bürgerlichen Kreisen, daß die Massenaktionen und Massenstreiks in der Schweiz nun zu einer ständigen Erscheinung werden, eine Auffassung, die nach keiner Ansicht begründet ist. Jedenfalls ist aber so viel sicher, daß auch die Schweiz schweren Zeiten entgegengeht.

Ueber die Stellungnahme zum Völkerbund ist auch die bürgerliche Presse geteilter Ansicht; während die sozialdemokratische Partei in der Ablehnung des Beitritts der Schweiz zum Völkerbund und der Schweiz einen großen Teil ihrer Selbständigen der Fall. Ganz gewichtig und einflussreiche Stellen lehnen den Beitritt der Schweiz unzweifelhaft ab, weil mit dem Beitritt zum Völkerbund die Schweiz einen großen Teil ihrer Selbständigkeit und Unabhängigkeit, auf die sie bisher immer so stolz gewesen sei, aufgeben müsse. Infolge dieser geteilten Stellungnahme der bürgerlichen Presse ist die Annahme des Beitritts der Schweiz noch in keiner Weise gesichert, denn die großen schweizerischen Stämme werden zweifellos große absehbare Mehrheiten aufweisen, wenn nicht der Anschluß der Sozialdemokratie an die dritte Internationale eine Veränderung auch in dieser Beziehung hervorgerufen hat. Jedenfalls wird der Anschluß an die dritte Internationale bei der Propaganda für und gegen den Völkerbund eine sehr gewichtige Rolle spielen.

### Deutsches Reich.

„Mit allen Mitteln!“

Ein Leser schreibt uns aus dem Inzeratenteil der alldeutschen „Deutsche Zeitung“ vom 10. August das folgende Inzerat:  
Wer beteiligt sich an der Gründung eines Bundes, der alle kaiserlichen Männer und Frauen vereinigen soll, welche gewillt sind, die Reaktion mit allen Mitteln herbeizuführen? Zustimmungserklärungen zu richten an Leutnant Geurich, Emden, Wilhelmstraße 70.

Dem abgetakelten Leutnant Geurich aus Emden, der anscheinend zur Annahme einer vernünftigen Beschäftigung keine Neigung hat und der sich unbedingt wieder militärisch betätigen will, dauert die Sache zu lange. Die monarchischen Provolationen bestimmter Reichswehroffiziere, die Frechheit der pommerischen Junker und die Anmaßungen der wieder auflebenden Kapitalisten und einzelner Bureaufreudigen sind dem schneidigen Geurich viel zu simpel. Er macht die Sache auf dem heutigen „nicht mehr ungewöhnlichen Wege“ des Inzerats. Er ist der starke Mann, der den Bund aller kaiserlichen Männer und Frauen ins Leben rufen will, um die Reaktion mit allen Mitteln wieder herbeizuführen. Die Frechheit dieses faulernen Herrn wirkt erschreckend und erheben wirkt auf die Würdigkeit, mit der das alldeutsche Hechtblatt die Pressefreiheit zur amtlichen Pressefreiheit macht. Mit allen Mitteln heißt doch: Mit Gewalt den jetzigen Neubau der Republik wieder einzustürzen. Wir sind nachdrücklich nicht dafür, daß dem faulernen Blatt deswegen ein Verbot auf den Hals käme. Bewahr, dann lernte man gewisse Klänge und gewisse Leute nicht kennen. Als sonderbare Gedanken kommen einem dabei doch und in der neuen deutschen Freiheit: Solche Hechtblätter, die offen zur Gründung von hochbetrieblischen Klubs in gewaltigen Zeilen auffordern, läßt man frei herumwirbeln und andere, die den Sozialismus, wenn auch mit falschen Mitteln, als fernestem Weg zum Reichthum herbeiführen wollen, wie sie der oben benannte Geurich und Konsorten für die Reaktion anwenden wollen, werden totgeschlagen. Arme deutsche Freiheit, du bist unberechenbar und unbeforschen wie eine Landspomeranze.

### Badische Politik.

Die neue Weinernte.

Der Stand der Weinerben in allen Gebieten des Landes ist, sowohl was die Menge, als auch die Güte anbetrifft, ein derartig glücklicher, daß man nach menschlicher Berechnung jetzt schon mit einem ganz hervorragenden Ertragnis rechnen kann, wenn auch der „Neue“ noch nicht im Joh ist. Bei den früheren Preisen war es in unserm Land auch dem weniger bemittelten Mann möglich, sich regelmäßig ein Glas Wein zu leisten. Bei den heutigen, unsinnig hohen Preisen kann sich nur der dem Weingenuß hingebende, der in der Lage ist, das Geld hinauszuwerfen. Leider gibt es eine Reihe solcher Menschen, die meist nicht auf ehrliehlichem Weg zu Geld gekommen sind und die die Weinorräte in den letzten Jahren zu zum Teil enormen Preisen aufkauften. Das sollte bei der jetzt bevorstehenden reichen Weinernte vermieden werden. Wir können durchaus dem schwer arbeitenden Rebmann, der dazu noch das Risiko der Preisverfälle auf sich nehmen muß, eine anständige Bezahlung seines Ertragnisses, aber wenn er jetzt für sogenannte Konsumweine einen Preis von etwa 200 M bezahlt bekommt, für die er früher etwa 50 M erhielt, könnte er recht wohl damit zufrieden sein. Bei möglicher Ausschüttung unnothigen Zwischenhandels wäre es alsdann möglich, daß der Konsument den Wein zu einem erträglichen Preis, etwa für 1 M das Viertel, trinken könnte.

Wenn die Regierung rechtzeitig geeignete Maßnahmen veranlaßt, ist es sehr wohl möglich, daß das Gemeinwohl erreicht und verhindert wird, daß die Kunst gewinnloser Wucherer sich zum Schaden der anständigen Bevölkerung auch des neuen Vermögensgebietes bemächtigt.

Sind Arbeiterkinder nicht erholungsbedürftig? Diese Frage wurde kürzlich von der Generaldirektion der badischen Staatsbahnen in vereinerndem Sinne entchieden. Als im Nachrichtenblatt Nr. 76 der G.D.M.St.G. bekanntgegeben wurde, daß für Eisenbahnerkinder in Bern (Schweiz) 20 Freiplätze zur Verfügung stünden, meldete sich auch von der Hauptwerkstätte eine Anzahl Arbeiter. Es mußte diese jedoch sonderbar an, daß unter ihnen auch nicht ein einziger berücksichtigt wurde. Wie man hört, sollen die glücklichen Kinder, die in der schönen Schweiz Erholung suchen dürfen, nur von Ve a m t e n abstammen.

Die alte Nepomucena hatte viel zu tun, um die Herrin, die der verlorenen Dienerin nachdraverte, zur Ruhe zu bringen.

Auch Gargynski vermehrte seinen Schatz. Der Inspektor hatte zu gleicher Zeit mit der Joje den Kupfer bekommen, darauf hatte Nadwiga bestanden: war er denn nicht der viel Schülzigere? Er hatte das Mädchen verführt!

Vergessens suchte ihr Gatte ihr verständlich zu machen, daß man einem Manne mehr nachsehen könne, mehr nachsehen müsse als einer Frauensperson; es half nichts, sie bekam ihre Anfälle.

Ein treffliches Zeugnis konnte Gargynski seinem Inspektor nicht verlagen, zumal der so anständig gewesen war, nur noch für einen Monat sein Gehalt zu beanspruchen, das er wäre er höchlichst gewesen für ein ganzes Vierteljahr noch hätte verlangen können. Doppelt total war Gargynski seine Klindigung, als ihm zu Ohren kam, daß Inspektor Szuk sich vom ersten Januar ab bei Kresmer in Bradoworow verpflichtet hatte — nun hatte der den tüchtigen Kerl! Er war gereizt gegen seine Frau.

Nadwiga empfand die trüblichen Wintertage trüblicher, nichts unterbrach deren Eintönigkeit. Die neuerlei Gerichte hatten auf der Weihnachtstafel gestanden, der Gattinmarkt in Polen war abgehalten worden, viel neues Gesinde war in Chwaliborowicz aufgezogen, überall war ein Kommen und Gehen, aber keine Stasia kam wieder. Wenn die noch dagewesen wäre, so hätte die Herrin in der Selbsternacht viel gepöffen; Stasia war immer so besend gewesen in allerlei drolligen Auslegungen. Vergangenes Jahr war's da nicht ein Ritter geworden, zu Pferd wie der heilige Georg, der den Drachen niederstieß? Stasia hatte den Ritter auf den deutschen Baron gebeutet.

Als — Frau Nadwiga konnte jetzt nur seufzen und beten. Der Wirt war ihre einzige Zuflucht. Es war zur Gewohnheit geworden, daß er, wenn der Unterricht von Boleslaw erledigt war, bei ihr eintrat. Dann sprachen sie von Russen und Literatur und von den ewigen Kriegen. Gorka hatte eine angenehme Art, über alles Mögliche zu plaudern; er war belehrt und verschloß sich nicht erzürnt. Nadwiga, die zwei Jahre ihrer Mädchenzeit in einem Geneser Pensionat

verbracht und oft mit ihrem Vater, dem reichen Bankier, Paris und die Modestädte besucht hatte, bevorzugte die französische Literatur. Wenn sie um ein Dichtwerk herumtändelte und mit einer gewissen Naivität und angeborenen Vorliebe bei heißen Themen verweilte, kam oft ein unruhiges Wackeln in seine Augen und eine feine Röthe in seine Stirn. Aber er wuschte bald — ohne daß sie es merkte, wie er Seite nach Seite umblätterte in ihrer Seele — sie fortzuführen von dem Weg, den zu geben, gerade mit ihm, dem Geistesreichen, ihr einen heimlich aufregenden Reiz genährte. Wo sie auch gewandt hatten, unterm Kreuz langten sie doch zum Schluß an. Sie war oft in tiefer Berührung, wenn er sie verließ — ach ja, ein Leben der Heiligen zu führen, ohne irdische Wünsche, welche Seligkeit!

Frau von Gargynska fuhr jetzt alle Woche nach Pocioska Dorf zur Veilcke. So stieß sie nach dem Fest der Heiligen drei Könige auf Stasia; diese trat aus der Kirche heraus, gerade als die Gnädige hineintrat. Eine kalt eierliche Reueigung durchschloß das Herz der Dame unterm kaiserlichen Robelpelz — gebrühte das Ohr im Weichheit ihr nicht allein? Wenigstens das wollte sie doch voraussetzen vor diesem Mädchen, das sich so unselbstig konnte ganz nach Gefallen! Diese Unwürdigkeit! Nicht einmal gefürchtet hatte sie die Augen niedergeschlagen, nein, sie rief geknickt hatte sie und mit einem rathen Blick die Toilette der Herrin gemustert.  
(Fortsetzung folgt.)

### Literatur.

Gleichheit. Von der jetzt wöchentlich in der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, erscheinenden Gleichheit, Zeitschrift für Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen, ist soeben die Nr. 26 herausgegeben. Die Gleichheit enthält jetzt abwechselnd die Beiträge: „Für unsere Kinder“ und „Die Frau und ihr Haus“, kostet vierteljährlich 3,00 M. (Einzelnnummer 80 A) und ist im 10. Nachtrag der Postgesetzliste eingetragen. Aus dem Inhalt der Nr. 26 sehen wir hervor: Reformationsbau. — Genr. Fürst: Cavent amules! — Dr. Karl Sell: Politische Frauen. — Minna Schilling: Neuregelung des Hausarbeitergesetzes. — G. Renner: Die Frau in der Kronenplone. — Elisabeth Köhl: Tagebuchblätter aus Weimar. — Frauenbewegung des Auslandes. — Die Mutter als Erzieherin. — Heulleton. — Wäckerbeibringung.

Für die Öffentlichkeit recht interessant ist es auch, zu wissen, wie die Gesuche in der Hauptwerkstätte ihre Erledigung fanden. Dieselben wurden am 5. August eingereicht, am 7. ds. Mts. lagen sie noch auf der Verwaltung, trotzdem sie am 6. August schon der G.D. vorgelegt hätten sein müssen. Auf eine diesbezügliche Beschwerde bemerkte der betreffende Beamte, die Klage wären schon beseitigt worden, somit hätte es ja doch für Arbeiter keinen Zweck, ein derartiges Gesuch einzureichen.

Dieser Vorgang ist, wenn er sich so zugetragen hat, einfach ein Standa! und nur geeignet, in die Reihen der Eisenbahner berechtigter Mißstimmung zu tragen. Wenn die Herren Beamten, die hier bei der Vergabe der Freiplätze in Betracht kommen, glauben, ihre vornehmlichen Manieren weiter anzuwenden zu können, so sind sie im Irrtum. Solche Mißrunden haben im heutigen Staat keinen Platz mehr. Hier kann die Kontrolle nur sein: Entweder der Zeit anpassen, oder fort mit Schanden! Von der maßgebenden Behörde erwarten wir aber eine eingehende Untersuchung und Aufklärung dieses Falles, selbst auf die Gefahr hin, daß der eine oder andere Herr dabei zu Fall kommt.

## Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 21. August.

Vizepräsident Ebeke eröffnet die Sitzung um 8.20 Uhr vorm. Erster Gegenstand ist ein von Abgeordneten aller Parteien eingebrachter Antrag, notleidenden Hinterbliebenen Beihilfe zu gewähren.

Vizepräsident Doebe: Die Regierung ist mit dem von allen Parteien eingebrachten Antrag einverstanden. — Der Antrag wird einstimmig angenommen. — Es folgt die erste Lesung des Gesetzes über die

### Betriebsräte.

Reichsarbeitsminister Schilde: Das drei Gebiete behandelnde Gesetz (Arbeitsverfassung, Arbeitsverwaltung und Arbeitsrecht) stellt eine grundlegende Umgestaltung des Wirtschaftslebens dar. Der 9. November warf den Rätegedanken in die öffentliche Diskussion. Ein einschlägiger Rätegedanke ist eigentlich in der Hauptsache nicht vorhanden. Die Regierung hat erklärt, daß sie ein Rätegesetz mit politischen Aufgaben ablehne, daß neben dem aus freien Wahlen hervorgehenden Parlament nicht noch ein anderes eingesetzt werden könne. Gegenüber hat sie sich dem Gedanken, die Räte mit wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben zu betrauen, zu eigen gemacht und in Artikel 163 der Verfassung festgelegt. Die ersten Gesetze werden andere folgen über Arbeiterräte und Betriebsräte, sodas in diesem Jahre noch die ganze Räteverfassung festgelegt wird. Die Wichtigkeit dieses Gesetzes ist bedingt durch die Notwendigkeit, die Wirtschaft möglichst schnell wieder aufzubauen. Voraussetzung dazu ist gemeinschaftliche Arbeit und politische Gleichberechtigung der Arbeitnehmer auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete.

Die Kreise der Arbeiterschaft halten politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete für unumgänglich. Von diesen Kreisen sind nach Veröffentlichung des Gesetzes Proteste und Warnungen erhoben worden. Dem Widerspruch der Räte steht aber ein genau so scharfer Widerspruch von links gegenüber. Was einen zu weit, geht diesen nicht weit genug. Sie wollen die volle Selbstbestimmung der Arbeiter und der Betriebsräte an der Verwaltung nicht nur zur Erhöhung der Leistungen des Betriebes, sondern sie verlangen die Sozialisierung der Betriebe, die aber nicht durch die Betriebsräte erfolgen kann. Sozialisierung bedeutet Gemeinschaft der Arbeiter. Der Wirkungsbereich eines Betriebsrates ist viel zu eng, um diesen Gedanken zu verwirklichen. Nur eine Stelle mit einem großen wirtschaftlichen Tätigkeitsgebiet kann dieses. Die später zu schaffenden Wirtschaftsräte werden sich dieser Arbeit leicht unterziehen können. Auf das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft bei der Einstellung neuer Arbeiter oder bei Kündigungen und Entlassungen ist ein Recht, das bereits unter der Demokratie vorhanden ist. Wenn Arbeitgeber meinen, daß der Einfluß der Arbeiterschaft zu weit geht, so werden sie sich daran gewöhnen müssen. Anders kann das Vertrauen der Arbeitnehmer nicht gemacht werden. Die Arbeiter haben an der gesteigerten Leistungsfähigkeit des Betriebes genau dasselbe Interesse.

## Theater, Kunst und Wissenschaft.

### Ein scharfer Protest gegen die Reichsvergütungssteuer.

Der deutschen Nationalversammlung und den in Betracht kommenden Ministerien ist vom Theaterkulturverband ein scharfer Protest gegen die Reichsvergütungssteuer in der Form, wie sie der jetzige Gesetzentwurf vorsieht, zugegangen. Die Eingabe des Theaterkulturverbandes lehnt die geplante unterschiedliche und mechanische, gleichmäßige Besteuerung aller öffentlichen Veranstaltungen ohne jede Rücksicht auf ihren Zweck ebenso wie die in dem Entwurf zum Ausdruck kommende Auffassung von der Kunst als Luxus und Vergnügen als völlig unvereinbar mit den Anschauungen der überwältigenden Mehrheit aller künstlerisch empfindenden Menschen jenes Standes und als ganz und gar kulturfeindlich ab. Der Verband empfiehlt mindestens die konsequente Ausdehnung der Steuerbefreiung von Veranstaltungen in Schulen auch auf die tatsächlich oder dem Sinne nach den Volkunterricht ergänzenden Aufführungen (Schüler- und Arbeiterdarstellungen u. a.). Anstatt einer Erschließung des Theaters für das Volk, droht geradezu das Volksteigerte A u s s ch l u s s von nahezu allen, seiner Höherentwicklung dienenden Kulturgütern. Insbesondere steht der Verband in der Form der angekündigten Steuern eine schwere Gefahr für freibare Theaterunternehmen in kleineren und kleinsten Provinzstädten, die vielfach deren notwendige Weiterentwicklung ins Lager der Kunstverleger zur Folge haben müßte. Sofern die gegenwärtigen Verhältnisse des Reiches eine Besteuerung auch der nach Inhalt und Form ernsthaften künstlerischen Darbietungen unumgänglich erscheinen lassen — was der Theaterkulturverband nach dem Sinn seiner Satzungen ablehnen muß —, so bitte er um dringende Ersetzung der Möglichkeiten einer gestuften Besteuerung. An der prozentual völlig gleichmäßigen steuerlichen Erfassung z. B. eines Kirchenkonzertes und einer an der Unzulässigkeitsgrenze sich bewegenden Kabarettveranstaltung liegt eine schreiende, allen ethischen und volkswirtschaftlichen Ergebnissen der deutschen Revolution höhnisch sprechende Ungerechtheit. Der Theaterkulturverband schlägt eine Abänderung des von allen Kultur- und Volkserziehungsinstitutionen einseitig verteilten Entwurfs dahin vor, daß mindestens eine Dreiteilung der Besteuerung erfolgt nach Stätten bzw. Veranstaltungen: 1. niedriger Unterhaltung (z. B. Circus, Kabarett, Schaulustspiele, Tanzveranstaltungen); 2. höherer Unterhaltung (z. B. Operntheater, Musiktheater, Varieteeinrichtungen); 3. solchen, die der ethischen und geistigen Erhebung der Bevölkerung oder der Volksbildung dienen, und daß die erste Gruppe mit einem dreifach so hohen, die zweite mit einem doppelten Prozentsatz der vorgesehenen Steuer zu belegen ist, wie die dritte. Zweck Feststellung, welchen Kategorien die einzelnen Unternehmungen zuzuteilen sind, wäre eine besondere, aus Sachverständigen zusammengesetzte Kommission einzusetzen.

wie der Arbeitgeber. Außerdem steht den Betriebsräten ein Einspruchsrecht lediglich zu einer bestimmten Zeit zu. Der Einspruch kann nur aus ganz bestimmten Gründen erhoben werden und muß auf die Verhältnisse des Betriebes Rücksicht nehmen. Die Verordnungen des Betriebsrates hätten das volle Recht, in alle Dispositionen des Betriebes hineinzugreifen, ist nach dem Wortlaut des Gesetzes nicht begründet.

Die höheren Beamten und Angestellten haben besondere Betriebsräte für sich gewünscht. Diejenige Wünsche kann nicht stattgegeben werden. Auch die Redakteure der Tagespresse und die Angehörigen der darstellenden Künste wünschen eine Sonderstellung. Auch dem kann nicht nachgegeben werden. Es scheint der richtige Weg zu sein, daß diese geistigen Arbeiter für ihre besonderen Interessen den Weg einer Organisation beschreiten, sonst wird das Betriebsratsgesetz, die Erwartungen, die sich daran knüpfen, nicht erfüllen können. So nur wird ein reibungsloses Zusammenarbeiten in den einzelnen Betrieben sich ermöglichen lassen. Die zahlreicheren und weitgehenden Bedenken gegen das Gesetz sollte man im Interesse seines Zweckes zurückstellen. Das Ziel der Arbeit soll das Gemeinwohl sein. (Beifall.)

Hg. Schneider-Sachsen (Dem.): Dem Grundgedanken des Gesetzes haben wir bei der Verfassung zugestimmt. Wir täten es nicht ohne Bedenken und der Aufbau des Gesetzes beweist die Berechtigung dieser Bedenken. Der Entwurf nimmt keine oder nicht genügend Rücksicht auf die außerordentlich verschobenen wirtschaftlichen Verhältnisse in Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft. Dadurch werden bei der praktischen Durchführung Hemmnisse entstehen. Für die Angestellten bedeutet die Vorlage eine Verschlechterung, weil ihnen eine Einrichtung genommen wird, für die sie einen Ersatz nicht bekommen. Wenn wir Konflikte vermeiden wollen, muß eine klare Umgrenzung der Aufgaben beider Berufsgruppen, der Arbeiter und Angestellten und eine andere Bemessung ihrer Vertretungen Platz greifen. Was den Aufgabebereich der Betriebsräte betrifft, so müßte man auch hier einigen Spielraum lassen. Die Betriebsräte sollen doch zu einer Quelle wirtschaftlicher Kenntnis werden. Unbedingt erforderlich ist ein Einspruchsrecht bei Kündigungen schon im Interesse der Durchführung der Tarifverträge. Ob es möglich sein wird, den leitenden Angestellten, vor allem den Beamten und Redakteuren eine besondere Vertretung im Betriebsrat zu verschaffen, erscheint mir zweifelhaft. Aber eines ist mir sicher: die Gruppenbildung muß weiter ausgebildet werden. Die verschiedenen Schichten der Angestellten im Betriebe müssen die Möglichkeit erhalten, im Betriebsrat mitzuwirken. Nach dem bisherigen Wahlverfahren ist das nicht möglich. Nur auf der Grundlage des gegenseitigen Vertrauens kann etwas Gesprächliches geschaffen werden.

Hg. Debrüß (D.-M.): Die Vorlage ist von der Regierung wiederholt als eine dringliche bezeichnet worden. Ich habe den Eindruck, daß die Dringlichkeit weniger in sozialpolitischen und wirtschaftlichen Rücksichten liegt als vielmehr in rein politischen Opportunitätsrücksichten. Das zeigt schon die Tatsache, daß die Entwürfe, wie sie der Reihe nach an die Öffentlichkeit gekommen sind, immer radikalere wurden. Die Regierung sollte sich hüten, gewalttätig von oben her eine Umwälzung durchzuführen, für die der augenblickliche Zustand unseres Wirtschaftslebens so ungeeignet wie nur möglich ist.

Hg. Winesfeld (D. Vp.): Durch dieses Gesetz muß jede Wirtschaftsgruppe erfasst werden. Keine darf sich zurückziehen fühlen. Nebenher hat das Wahlberechtigtwerden von 24 Jahren für bedenklich, ebenso das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei Einstellungen und Entlassungen. Das Gesetz müßte, um wirklich zu einer sozialen Wohlfahrt zu werden, in allen Einzelheiten nach praktischen Rücksichten gründlich durchdacht werden.

Hg. Praß (U. S.): Die Regierung hat es versäumt, die Räte zum festesten Stützpunkte der Revolution zu machen. Mit diesem Gesetz sind wir nicht einverstanden. Es ist keine Ergründung, da es die Fortschritte der Industrie der Allgemeinheit nicht dienbar macht und die Privatwirtschaft in ihren ungesunden Formen beläßt. Die Mehrheit der Angestellten will keine bezorgte Stellung vor den Arbeitern. Nur eine Durchführung der wirtschaftlichen Demokratie auf der Grundlage des Räteprinzips gewährleistet die Regelung der Produktion.

Hg. Dietrich-Legnick (Soz.): Das Gesetz ist ein Fortschritt, bringt aber keine Bewirkung des Sozialismus. Wir brauchen eine Reorganisation der gesamten Volkswirtschaft unter Anpassung der Produktion an das Gesamtbedürfnis, Vermeidung aller überflüssigen Arbeit und höchster Steigerung der Gütererzeugung. Die Umwandlung der Räte führt nicht zu diesem Ziel. Die Arbeiterschaft vermag die gewaltige Aufgabe des Wiederaufbaues der Volkswirtschaft nur bei Mitarbeit der bisher leitenden Männer zu erfüllen. Wir sind nicht der Ansicht, daß mit dieser Vorlage die Wünsche der Arbeiter restlos erfüllt werden können. Aber wir hoffen, daß wir das Ziel der vollen Demokratisierung und der wirtschaftlichen Gleichberechtigung der Arbeiter und Angestellten erreichen. Wir beantragen die Ueberweisung der Vorlage an den Ausschuss für Sozialpolitik.

Hg. Erhardt (Ztr.): Es ist nicht zu leugnen, daß der Gesetzentwurf schwere Bedenken in meinen Kreisen ausgelöst hat. Vom Standpunkte des patriarchalischen Arbeitsverhältnisses aus darf die Vorlage nicht betrachtet werden. Das ist einfallmal vorbei. Es handelt sich lediglich um die Frage, ob die Arbeiter und Angestellten als Menschen im Produktionsprozeß zur Geltung kommen sollen oder nicht. Aus meiner praktischen Erfahrung heraus glaube ich sagen zu können: der Entwurf bringt gar nicht wesentliche und grundsätzliche Neuerungen, wie man sie glauben, die sich von der tatsächlichen Entwicklung der Verhältnisse ferngehalten haben. Alle Einzelheiten des Entwurfes werden nicht befriedigen, wir stellen uns aber im allgemeinen auf den Boden desselben.

Reichsarbeitsminister Schilde: Ich möchte gegenüber dem Hg. Praß richtigstellen, daß es nicht zutrifft, daß dem Vorgänger Minister Büffel gemeinschaftliche Wahlen für Angestellte und Arbeiter vorgeschlagen hat. Er hat in dieser Frage seine Stellungnahme sich vorbehalten nach Änderung der Interessen und diese haben sich für die Vorschläge ausgesprochen, die das Gesetz enthält. —

Damit schließt die Debatte. Die Vorlage geht an den nächsten (sozialpolitischen) Ausschuss. Auf Wunsch sämtlicher Fraktionen wird noch nachträglich der Ausschussbericht über die Notstandsversorgung mit Oberleitung und Schutzwert, sowie über den Abbau der Zwangswirtschaft in der Textilindustrie erlegt und der Ausschussantrag angenommen. Die Mitglieder des Ausschusses werden sofort gewählt. — Der Präsident beantragt die nächste Sitzung auf nachmittags 5 Uhr an mit der Tagesordnung: Vereidigung des Reichspräsidenten.

Präsident Fehrenbach: Wir stehen am Schluß eines Tagungsabschnittes von ganz außerordentlichen Arbeitsfälle. Es wird nachmittags Gelegenheit sein, dem Hause den Dank für die treue und ungetrüblich anstrengende Arbeit während dieses halben Jahres auszusprechen. Wenn wir mit einer gewissen Hast arbeiten mußten, so ist dies auf die Rechnung der außerordentlichen Verhältnisse zu setzen. Es handelt sich nicht um eine normale parlamentarische Tagung, sondern darum, ein zusammengebrochenes Haus wieder neu aufzubauen. Dabei kam es nicht darauf an, jeden Stein sorgfältig aufzubauen, sondern raube Arbeit zu tun, um das Haus schließlich wieder zu überbauen. Die Aufnahme von Arbeit ist vom Hause in fleißigster Tätigkeit geleistet worden. Die Ferien für die Ausschüsse erstrecken sich bis Dienstag, den 22. September. Die Nationalversammlung wird am Dienstag, den 30. September, in Berlin wieder zusammentreten, vorausgesetzt, daß außerordentliche Verhältnisse die Nationalversammlung nicht zu einer früheren Tagung zwingen.

## Die Vereidigungsfeierlichkeiten

Für den Reichspräsidenten hatten schon lange vor Beginn der Sitzung eine große Menschenmenge nach dem Platz vor dem Nationaltheater angezogen. Kurz vor 5 Uhr erschien das Auto des Reichspräsidenten. Am Haupteingang wurde der Reichspräsident durch die Vizepräsidenten Dr. Gaußmann und Doebe und die Schriftführer Neumann-Göfer und Dr. Pfeiffer empfangen. Sie begleiteten den Reichspräsidenten zu dem im Vorraum des Nationaltheaters harrenden Präsidenten Fehrenbach. Als der Reichspräsident das Haus betrat, ertönte rauschender Orgeklang. Bei Betreten des Saales erhoben sich die Mitglieder des Reichsrates zur Begrüßung, ebenso die geladene Nationalversammlung, die sehr stark besetzt war. Die Plätze der Deutsch-Nationalen und Unabhängigen Sozialdemokraten waren leer.

Nachdem die die Eidesformel enthaltende Urkunde dem Reichspräsidenten überreicht worden war, sprach der Reichspräsident mit markiger Stimme die vorgelesene Eidesformel.

Hierauf richtete Präsident Fehrenbach an den Reichspräsidenten eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: Sie sind aus dem Volke hervorgegangen und Sie werden immer ein treuer Freund des arbeitenden Volkes sein. Sie werden immer dem Vaterland nach besten Kräften zu dienen suchen, dem Sie in dem furchtbaren Krieg so schmerzliche Opfer gebracht haben, da Sie unter vier Sägen, die zur Fahne geilt waren, zwei nicht mehr in das Vaterland zurückkehren sehen. Es ist ein dornenvolles Amt, das in der schwersten Zeit vom Vaterland auf Ihre Schultern gelegt wird. Aber mit ruhigem Gewissen können Sie jede Schuld und Verantwortung an der trostlosen Lage des Reiches ablehnen. Möge es Ihnen Herr Präsident, beschließen sein, das ganze deutsche Volk wieder zu einem solchen von echt vaterländischer Gesinnung zurückzuführen und ihm die Wege zu weisen, zu langsamem aber sicherem Aufstieg.

In seiner Erwiderung sagte Reichspräsident Ebert u. a. folgendes: Meine Damen und Herren, die Sie alle Gauen Deutschlands vertreten, was muß und sollen wir unter Vaterland wieder aufbauen wollen? Die Liebe zur Heimat und zu dem Volkstand, aus dem jeder Einzelne gekommen ist. Und dazu soll kommen die heilige Arbeit und das Sicheinstellen in die Interessen des Reiches. Lassen Sie mich zu meinem Teil die Verfassung halten und schützen. Das Wesen unserer Verfassung soll vor allem Freiheit sein. Freiheit für alle Volksgenossen. Aber jede Freiheit, an der größere beteiligt sind, muß ihre Geheke haben. Sie alle haben dazu mitgeholfen, diese Geheke festzusetzen, und nun wollen wir gemeinsam daran festhalten. Vor Vertrauen wird mir die Kraft geben, immer der Erste zu sein, wenn es gilt, Bekennnis und Zeugnis abzugeben für den neuen Grundlag des deutschen Volkes: Freiheit und Recht.

Die Verammlung sollte den Worten des Reichspräsidenten lebhaften Beifall.

Präsident Fehrenbach hielt hierauf eine Ansprache, in der er darauf hinwies, daß die Stunde des Abschieds von Weimar geschlagen habe. Die Nationalversammlung dürfte sich das Zeugnis ausstellen, daß sie in unermüdlicher Arbeit, in einer in der Parlamentsgeschichte kaum erlebten Kraftanstrengung und edler vaterländischer Gesinnung die ihr gestellten Aufgaben gelöst habe. Am deutschen Volke werde es nun sein, den Willen zum Leben durch Wahrheit von Ruhe und Ordnung, durch Arbeit und treues Zusammenhalten in der neu geschaffenen Staatsordnung zu befestigen.

Von Bayer dankte dem Präsidenten Fehrenbach namens des Hauses für seine Geschäftsführung und die überbrachte diesen Dank auf seine Kollegen und Mitarbeiter.

Vor dem Nationaltheater war inzwischen die Zuschauermenge immer mehr angewachsen. Die Abgeordneten und Minister troten nach dem feierlichen Akt der Eidesleistung des Reichspräsidenten auf den Balkon des Nationaltheaters. In: mitten des Präsidiums trat

### Reichspräsident Ebert

an die Prüfung und hielt an die auf dem Platz vor dem Theater stehende Menge eine Ansprache. Er führte dabei u. a. aus: Zum ersten Male hat heute das Volk selbst mich in Pflicht und Eid genommen. In die Hand des ersten Mannes der deutschen Volkvertretung habe ich Treue gelobt. Kein neues, willkürlich nach Parteigrundrügen zugeschnittenes Recht haben wir in der Verfassung geschaffen, wir sind vielmehr auf eine neue von dem alten Recht ausgegangen, vom dem Recht, das man dem Volke bisher vorenthalten hat. Darum sagen wir mit Ludwig Uland: „Das gute alte Recht, so aller Verbedeutungen und Erzeugnisse entleidet, ist heute Allgemeingut und Erbe des Deutschen und soll es bleiben für immer.“ In diesem Sinne und Glauben erneuere ich vor Euch den Schwur der Treue zum Volk und Volkrecht. Laßt uns zusammenstehen in dem harten Lebenskampf unseres Volkes! Ruft mit mir zum Geübten der unlöslichen Gemeinsamkeit, daß es von hier, vom Herzen Deutschlands, vom Schaulplatz unvergänglicher Geistesgaben hinausfliegt in unser ganzes deutsches Vaterland, in Städte und Dörfer, in Fabriken und Werkstätten: Unser geliebtes deutsches Vaterland es lebe hoch! Die Volksmenge stimmte brausend in den Schwur ein. Die Militärkapelle spielte „Deutschland über alles“, dessen ersten Vers die Volksmenge mit „ana. Unter den Klängen der Militärkapelle fuhr der Reichspräsident im Auto davon.

## Berichtszeitung.

Mosbach, 19. Aug. Wegen Geheimkläneri in großem Umfang waren Anfang Juni die Brüder Milan und Leo Rupp in Affensbach verhaftet worden. Die Brüder waren in dem Ortssprengel untergebracht worden und sollten dann nach Mosbach transportiert werden. Nach der Verhaftung entschloß sich der Bruder der festgenommenen Joseph Rupp, der gleichfalls an der Schwarzschlächterelei beteiligt war, die beiden aus der Gefangenschaft zu befreien. Mit mehreren Genossen bedrohte er die Polizeibehörde mit Waffen und es gelang ihnen schließlich auch, die Gefangenen auf dem Transporte aus den Händen der Gendarmen zu befreien. Die bittige Strafammer verurteilte den Joseph Rupp wegen unbefugten Waffenbesitzes, verurteilte die Rupp wegen unbefugten Besitze eines Jahres Gefängnis, den Milan Rupp wegen Anschlusses an einen bewaffneten Haufen, Widerstand gegen die Gefangenenbefreiung zu sechs Monaten Gefängnis, den Franz Rupp zu drei Monaten Gefängnis, den Leo Rupp zu einem Monat Gefängnis. Weitere Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von drei bis sechs Monaten.



Aus der Stadt.

Karlstraße, 22. August.

Der Preiswucher.

Es ist schon viel über dieses Thema geschrieben und gesprochen worden, daß man fast Neues in der Sache nicht mehr vorbringen kann und doch reizt der immer mehr überhandnehmende Wuchergeist erneut zum Widerbruch heraus.

Wir wissen, es hat keinen Wert, auf Forderungen des Allgemeinwohls hinzuweisen in einer Zeit der allgemeinen Jagd nach mißlosem Gewinn. Ebenso wenig wie die Erzeuger Milch und Eier den Kindern geben wollen, wollen sie auch die Zweifischen und Wirnen geben.

Wieder Lebensmittel eingetroffen. Ein weiteres Kontingent von 100 Wagen hochwertiger Lebensmittel ist der badischen Außenhandelsstelle vom Reichswirtschaftsministerium zur Verfügung gestellt worden.

Der Vertreter des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrangelegenheiten, Herr Regierungsrat Fell, tritt im Laufe nächster Woche in Karlsruhe ein. Er wird seine Tätigkeit in den Geschäftsräumen der badischen Außenhandelsstelle, Karlstraße, Stefanienstraße 51, ausüben.

Der Grauerweidhöfpreis für Frühweizen ist von der bad. Gemülevorordnung auf 12. Mfg. für das Pfund festgesetzt worden.

Sozialistische Beamte und Lehrer. Auf die am kommenden Sonntag 8 Uhr in der „Alten Linde“ (Ede Park) und Waldbornstraße stattfindende Versammlung der Sozialistischen Beamten und Lehrer wird nochmals hingewiesen.

dem Thema „Soziale Dreiteilung“ werden zwei Referenten sprechen, Herr Rebslein dafür und Gen. Dr. Kahn dagegen.

Sommerfest der Gastwirtsangehörigen. Der Verband der Gastwirtsangehörigen veranstaltete in Verbindung mit dem Verband der Köche und dem Deutschen Kellnerbund gestern abend im Saale des „Friedrichshofes“ ein Sommerfest.

Stadtparkkonzert. Am Stadtpark findet heute abend 7 Uhr ein Konzert des Musikvereins „Harmonie“ statt. Dem Konzert ist ein einheitlicher Gedanke gegeben.

Arbeiterkassenrat. Die Zentralstelle der deutschen Brauindustrie verleiht eine von Dr. Hans Chlers verfaßte Schrift mit der Überschrift „Was wir brauchen!“

Letzte Nachrichten.

Poincaré im Elß.

Paris, 21. Aug. Herr und Frau Poincaré haben sich von Colmar nach der Hofkönigsburg und weiter nach Maritz und Schlettstadt begeben.

Bern, 20. Aug. Nach Meldung schweizerischer sozialistischer Blätter aus St. Ludwig im Elß wurden, infolge der Generalstreikbewegung in Mülhausen die Empfängerleistungen für den Präsidenten Poincaré ganz erheblich eingeschränkt.

Die Unterproleten hatte für ein militärisches Massenaufgebot zur Aufrechterhaltung der Ordnung gefordert, ohne daß es zu Zusammenstößen gekommen wäre.

Danksagung. Für die uns in so reichem Maße bewiesene herzliche Anteilnahme beim Hinscheiden unseres Liebes Entschlafenen, sagen wir auf diesem Wege allen unseren innigsten Dank.

Laborierbetrieb Karlsruhe-Rheinbasen. Stellen wir zum Verkauf: Notationsmaschinen, Schmirgelmaschinen, Schmelzpressen, Fräsapparate, Ausziehapparate, Bohrmaschinen für Riemenantrieb, Bohrmaschinen für elektr. Antrieb, Tachometer, Prägmaschinen, Lackiermaschine, Entstaubungsanlage, Fabrikat Sichtig, Transmissionswellen, Riemenrädchen, Lagerböcke, A. automatische Drehbänke, Drahtziehbänke, Schleifmaschinen mit Motoren, Arbeitstische, Hocker, Regale, Eisene Kleiderschränke.

Bekanntmachung. Bei den am 20. ds. Mts. durch den Bürgerausschuß vorgenommenen Wahlen wurden gewählt: In den Verwaltungsrat der Karl-Friedrich-Beopold- und Eofien-Stiftung: 1. W. Hoff, Eugen, Bauart, 2. Plum, Ernst, Schlossermeister, 3. Reber, Rudolf, Geh. Rat, 4. Fischer, Otto, Kfarverwalter, 5. Frieder, Julius, Stadterordneter, 6. Giesche, Emil, Betriebsdirektor, 7. Gut, Friedrich, Oberlandesgerichtsrat, 8. Müller, Emil, Oberrechnungsrat, 9. Rohde, Franz, Stadtpfarrer, 10. Wild, Otto, Oberrevisor, 11. Börner, Friedrich, Stadterordneter, 12. Rimmemann, Georg, Geh. Finanzrat, mit 5jähriger Amtsdauer, in den Verwaltungsrat des Waisenhauses: 1. Weill Dr. Friedrich, Altstadtrat, 2. Fiebel, Fridolin, Altstadtrat, 3. Marxthal, Karl, Privatmann, 4. Sturn, Franz, Stadterordneter, 5. Weingand, Luise, Ehefrau mit 5jähriger Amtsdauer, 6. Wäflner, Richard, Stadterordneter, mit Amtsdauer bis zur nächsten Erneuerungswahl.

Bekanntmachung. Die Wahlen liegen vom 22. ds. Mts. ab während 3 Tagen im Rathaus, 2. Stock, Zimmer Nr. 60, zu jedermanns Einsicht auf.

Lebensmittel-Verteilung. in der Woche vom 18. August bis 24. August 1919. Die in unserer Bekanntmachung vom 15. August 1919 unter Nr. 4 aufgeführte Meistuppe (250 gr, Preis Mk. 1.25 gegen die Marke F Nr. 118) ist kein einheimisches Erzeugnis sondern Schweizerfabrikat aus bestem Rohmaterial hergestellt.

Zu verkaufen: Neue gut gearbeitete künstliche, einzeln oder zusammen, das Stück zu 28 Mfg., solange Vorrat. Zu erfragen Schützenstr. 53, 4. Stock, oder Werkstätte Hippnerstr. 38, Einanga Werberstraße 5782

Eltern. Die aus der Kirche ausgestreuten sind werden hiermit auf den freireligiösen Religionsunterricht aufmerksam gemacht. Jeden Samstag 3-5 Uhr Kinderschule (Kriegsstr.). Anmeldung daselbst, Zimmer 13, vor 8 Uhr.

Erstellung des fünften Rheinbasenbedens durch die Stadtgemeinde Karlsruhe betr. Das Ministerium hat mit Entscheidung vom 17. Juli 1919, Nr. 1698, beschlossen, daß die Eigentümer der nachbezeichneten zum Bau des fünften Basenbedens benötigten Grundstücke (Verzeichnis Beilage 1, Ergänzung zum Einigungsantrag vom 11. Juli 1917) der Genehmigung Karlsruhe verpflichtet sind, die in dem Verzeichnis aufgeführten - in dem Grundriß Beilage 4, Ergänzung zum Einigungsantrag vom 11. Juli 1917 rot angezeichneten - Grundstücke in dem dort angegebenen Umfang zur Herstellung des fünften Bedens des Karlsruher Rheinbasens gegen vorherige Entschädigung an die Stadtgemeinde Karlsruhe abzutreten.

Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe. Geburten, Annel. B. A. Jürgensen, Fabrikarbeiter. Letzte Ehe, B. Rob. Kreger. Werkmeister. Armin Dnag, Vater Josef Spitzberger, Braumeister. Gertrude Rosa Luise, B. Anton Förderer, Bahnarbeiter. Walt. Hermann, B. Karl Runge, Maler. Anna Luise, Pat. Wilhelm Röhrer, Schneider.

Bei eintretend. Regenwetter pflanzt Gemüse, das Sie noch in diesem Jahre ernten können. Setzlinge aller Art erhalten Sie in der Südweststadt-Samenhandlung Karlsruhe. Ka. verstr. 78 Tel. 2266 oder ab Gärtnerei täglich von 8-6 Uhr verlängerte Hirschstr. über Nr. 115, Tel. 2441.

Bekanntmachung. Die Justellgebühren für Exzessgut für den Stadtbezirk Karlsruhe werden mit sofortiger Wirkung um 20 % erhöht.

Maler- und Anstreicherarbeiten. Küchen-Weiseln. L. Artmann. Zugartenstraße 28-25.

Mandolinen, Gitarren, Zithern werden fortwährend angeliefert in 4608 Weintraubs An- und Verkaufsgeschäft, Kronenstr. 62. Tel. 5747.

Apfelella ganze und halbe Flaschen.

Karlsruher Gold ganze und halbe Flaschen.

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten. W. Weimar, 21. Aug. Der auf Grund der Verfassungsbestimmung gestern von der Nationalversammlung gewählte ständige Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten ist heute zusammengesetzt.

Deutsche Kriegsgefangene unterwegs. Im Saargebiet und in der Rheinpfalz sind in der vergangenen Woche eine größere Anzahl von Hugen mit deutschen Kriegsgefangenen, ungefähr einige tausend Mann, eingetroffen.

Verantwortlich: für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Adel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtlich in Karlstraße, Tullienstraße 24.

Verteilung wurde ber... des Orts... des Ge... noch festzu... den beiden... über den... unbeding... Sprechsaal... Die... in ge... merer Parte... menschen... mme An... vollen... me für alle... Einrich... auspro... aber nicht... lungen des... charitativ... gezeichnet... rting und... wo n... Midtätig... jeder ein... auf Grund... seines Be... Daher... um Dienst... werden... sozial... Einat und... doch nicht... zu den heu... erliche... großen... uenverein... möglich... des Aus... aus und... Es darf... stellung... gerinnen... Frau Kom... nischen, die... a, die aber... nicht über... stantische... läufe einer... die Stadt... Wandel... ferge... Anmeiun... an sie sich... Gebietrat... werden... Personal... nicht der... llerhorst... auf es, da... die Refu... Aufsicht... der mehr... sonst Ni... ott steht... schen, son... orisch und... emereins... ilie me... eine am... rliche Be... genommen... eine, von... sst, ent... für unsere... , dann... eichte An... haufe... der Stadt... die Stadt... in Einfluß... gaha... m Entsch... geogen wer... auch eine... fheiten... ranten... gemeinde... an dieser... age hin... allet wren... jungen... aufspflichtige... er Lösung... pflege... nen sind... gamisation... Prüfung... nen Ge... hshgen... ntenhaus... den Raten... etwa je... aber auch... Karlsruhe... ehte For... teil durch... Mtags... beruflich... ranten... und in... rden. R...

**Abt. Gesv. Gleichheit**  
19 04

**Gesang-Verein „Gleichheit“**  
Sonntag, den 24. Aug., nachmittags 4 Uhr, findet in der „Gewerkschaftszentrale“, Kaiserstraße 13

**Familien-Unterhaltung mit Tanz**  
Natt. Hierzu laden wir unsere Mitglieder, sowie Freunde des Vereins freundlichst ein.  
Der Vorstand.

**Arb.-Radf.-Verein „Solidarität“**  
Ortsgruppe Bishweier.

Der Verein veranstaltet ein dreisonntägliches **Preis-Schießen**

von nachmittags 1 bis 7 Uhr im Gasthaus zum „Kreuz“, wozu Sportfreunde und Gönner freundlichst eingeladen sind. 5771

Als 1. Sonntag 24. August  
2. „ „ 31. „  
3. „ „ 7. September.

Um zahlreiche Beteiligung bitte.  
Jof. Glaspietter, Vertrauensmann.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Karlsruhe.

**Unser Büro**  
bleibt wegen Umzug am Montag, den 25. und Dienstag, den 26. August

**geschlossen.**  
Von Mittwoch, den 27. August ab befindet sich das Büro

**Friedrichsplatz 11, 3. Stock.**

**Geschäftsstunden:** Montag, Mittwoch, Donnerstag von 9 bis 5 Uhr täglich, Dienstag und Freitag von 9 bis 6 Uhr täglich und Samstag von 9 bis 1 Uhr vormittags.  
Samstags mittags und an Sonn- und Feiertagen bleibt das Büro geschlossen. 5799

Die Ortsverwaltung.

**Stadtgarten.**  
Nur bei gutem Wetter. 5785

Freitag, den 22. August, abends 7-11 Uhr

**Musik-Vorführungen**  
des **Musik-Vereins Harmonie**  
Leitung: Hugo Rudolph.  
Eintrittspreise wie bekannt zuzügl. 5 % Lustbarkeitssteuer.

**Städtisches Konzerthaus.**  
Freitag, den 22. August 1919. 5801

**Die Csárdásfürstin.**  
Operette in 3 Akten von Leo Stein und Béla Jenbach.  
Musik von Emmerich Kálmán.  
Anfang 1/8 Uhr. Ende 1/11 Uhr.

**Und Deine Schrift?**

**Eltern u. Lehrer**  
überzeugen Sie sich von **F. Buck's Erfolgen**  
bei Kindern von 9-16 Jahren **zur Verbesserung der Schrift**  
in nur wenigen Stunden.

**Tatsachen sprechen**  
Mein Vater glaubt nicht,  
Meine Mutter begriff nicht,  
Mein Lehrer lobt mich und  
Mein Chef freut sich.

**dass ich**  
in kurzer Zeit so prächtig **schreibe.**  
Garantiert sind die gleichen Resultate bei Erwachsenen bis über 50 Jahren.

**Ferien-Kurs 2**  
beginnt am Montag, 25. August.  
Honorar 15 Mark.

**Spez. Schreibschule**  
Lessingstrasse 78. 5787

**Arbeiter-Turn- und Sport-Bund**  
10. Kreis 3. Bezirk

Sonntag, den 31. August 1919  
auf dem Karlsruher Messplatz (Strassenbahnhaltestelle Schlachthof)

**Bundes-Wertungsturnen**

PROGRAMM  
Vormittags 7 Uhr: Beginn d. Vierkampfes für Turner, Turnerinnen, und Schüler (11 Uhr Mittagspause).  
Nachmittags 1 Uhr: Aufstellung zum Festzug am Ludwigsplatz nach dem Festplatz, dortselbst **Allgemeine Freiübungen** und Ansprache des Bezirksvertreters K. Jäck-Grötzingen.  
3 Uhr: **Sondervorführungen** an Geräten von verschied. Vereinen.  
4 Uhr: **Stabübungen** der Schüler u. **Freiübungen** der Schülerinnen.

**Wettspiele in Fausball, Fussball und Schlagball.**  
Wirtschaft in eigener Regie. — KONZERT. —  
5778 Der Fest-Ausschuss.

Verkauf im Parterre Ein Waggon Verkauf im Parterre

**Einmach-Gläser**  
— mit rotem Gummiring —  
wieder eingetroffen.

Geschwister 5790

**KNOPF**

**Billiges Gelände für Kleingärten.**  
In der Nähe des neuen Hauptbahnhofes ist billiges Gelände für Kleingärten zu verkaufen. Nur geringe Anzahlung und mäßige jährliche Abzahlung erforderlich. Auskunft erteilt Terrain- und Baugesellschaft Südende, Sofienstraße 56, Telefon 545. 5454

**Oberhaardter Riesling-Weine**  
eingetroffen und empfehle solchen von **Mk. 6.40** 5663  
an per Liter — ohne Steuer.

**Hermann Schuler**  
Weingroßhandlung  
Karlsruhe Fernspr. 3304 Wilhelmstr. 4a.

**Wer heiraten will sollte unbedingt Dr. Vergners „Meriliche Ratsschläge über die Ehe“ lesen.** Aus dem Inhalt: Die Brautzeit, Gefahren des außerehelichen Geschlechtsverkehrs, Beherrschung der Sinnlichkeit, Knabe oder Mädchen nach Wunsch der Erzeuger u. a. m. Im Anhang: 2 zerlegbare, farbige Mod-lls der weibl. Körper in der Entwicklungsperiode und der männl. Körper. Preis des Buches M 5.50. Offenbarungen im Geschlechtlichen M 5.50, Entstehung des Menschen M 2.50, Knabe od. Mädchen? M 3.—, Vom Jüngling zum Mann M 2.20, Vom Mädchen zur Frau M 3.60, Ehe und Geschlechtsleben M 2.60, Mutterschaft M 3.90. Gegen Nachnahme sind alle Bücher 30 % teurer. 5895z

Verlag Curt Niedergall, Wlfg. 6 Neußstr., Postfach.

**2 Paar Rohr-Stiefel**  
neue Nr. 42-43 zu verkaufen.  
Speck, Durlacherstr. 16. 5788

**Kleehen**  
einige Wagen werden fuhrtenweise abgegeben. Der Verkauf findet aber nur einige Tage statt. Eben-dasselbst sind auch noch Dörrgemüse und Möhren zu haben. 5795

**N. J. Homburger,**  
Kronenstr. 50. Telefon 152 und 404.

**Freie Turnerschaft Karlsruhe**  
Am Samstag, den 23. August, findet im Saale des „Apollo“, Marienstraße 16, eine **Zusammenkunft mit Tanz**  
statt, wozu wir unsere Mitglieder, sowie Freunde des Vereins freundl. einladen.  
Um zahlreichen Besuch wird gebeten. 5800

— Anfang 1/8 Uhr. —  
**Der Turnrat.**  
NB. Die Fußballspieler treffen sich am Sonntag Morgen um 8 Uhr am Albtalbahnhof.

**Schlecht-Schreiber**  
berlangen Prospekt für **Fernunterricht** zur Erlangung einer **Flotten Handschrift**  
Spezial-Schreib-Institut **F. Buck, Karlsruhe,** Lessingstr. 78. 5780

**Einige kräftige Lehrlinge**  
für Elektrotechnik und Apparatebau sofort **gesucht.** 5788

**Städt. Arbeitsamt Karlsruhe**  
Lehrlingsabt. Zimmer 2.

**Küfer**  
suchen zum sofortigen Eintritt **Heinrich Baer & Söhne**  
Dampf-Branntwein-Brennerei. 5773

**Wer tauscht**  
1/10 Biergläser (100 Stück) gegen 1/10. Auch wird dort ein **Regelung gesucht**  
für 5 Tage der Woche.  
Zu erfragen in der Exp. des „Vollstreckend“. 5790

**Häuser**  
mit und ohne Geschäfte sowie Liegenschaften aller Art zu verkaufen durch das **Eigentumsbüro M. Busam,** Karlsruhe, Gerrenstr. 38. 5841 Telefon 5530.

**Plechtenleiden**  
dauernde Bes. durch deutsches Reichspat. Prosp. grat. 4058Z  
Wiltberger & Co., Stuttgart 204 a

**Mineralwasser**  
Kronthaler  
Neufelters  
Teinacher

**K.F.C. PHÖNIX PHÖNIX — ALEMANNIA**

Jeden Dienstag und Donnerstag Abend 11 Uhr auf dem Sportplatz (Kalanengarten). Neben Freitag Abend Vierteljährlich im Löwentachen. Sonntag, 24. August auf unserem Sportplatz (Kalanengarten) ab 9 1/2 Uhr vormittags und ab 2 Uhr mittags

**internes Sportfest**  
unter Mitwirkung einer Kavalle ab 4 Uhr; anschließend Preisverteilung u. gemüthliches Beisammensein daselbst, abends Zusammenkunft im Löwentachen. 5798

Mittwoch, 27. August abends pünktlich 1/9 Uhr **außerordentliche Mitglieder-Versammlung.**  
Die Dringlichkeit der Tagesordnung (Anstellung eines Trainers) erfordert Erscheinen aller Mitglieder.

Der Vorstand.

**F. C. Frankonia Karlsruhe**  
(G. B. 1895).

Samstag, 23. August, abends 8 Uhr **Monatsversammlung**  
im „Waldborn“, vollzähliges Erscheinen erwünscht.  
Sonntag, 24. August, in Bulach **Fußballverein Bulach**  
1. u. 2. Mannschaft gegen **Frankonia**  
2. und 3. Mannschaft. Beginn 1/2 bezw. 3 Uhr. Jungleich findet ein **Tanzausflug** nach Bulach, Gasthaus zur „Traube“ statt, wozu die Mitglieder und deren Angehörige herzlich eingeladen sind. 5797

**Für heiße Tage! Weiße Blusen**  
Mk. 13.75 an. 5812  
Daniels Konfektionshaus  
Wilhelmstrasse 34, 1 Tr.

**Taschenuhren**  
auch reparaturbedürftig, lauft **Levy, Geschäft**  
Markgrafenstraße 22.

**Mineralwasser**  
Kronthaler  
Neufelters  
Teinacher

**Mineralwasser**  
Kronthaler  
Neufelters  
Teinacher